

Von der Verurteilung zur »bitteren Notwendigkeit«

Die KPÖ, der »Prager Frühling« und die Militärintervention in Prag

Von Manfred Mugrauer

Wie die meisten westeuropäischen kommunistischen Parteien verurteilte die Kommunistische Partei Österreichs den Einmarsch von fünf Staaten des Warschauer Vertrags in die Tschechoslowakei am 21. August 1968. Zugleich resultierte aus der Militärintervention der offene Ausbruch der »Parteikrise« der KPÖ: Sie spitzte bestehende politische und ideologische Widersprüche weiter zu und führte zur Eskalation einer krisenhaften Entwicklung, deren tiefere Ursachen vor allem in den vom 20. Parteitag der KPdSU aufgeworfenen und nicht zu Ende diskutierten grundsätzlichen Problemen wurzeln.

Zustimmung zum Reformprozeß

Die KPÖ begrüßte von Beginn an den Prozeß der sozialistischen Erneuerung und Demokratisierung in der Tschechoslowakei. Sie bejahte die Ablöse Antonín Novotnýs als Erster Sekretär des ZK der KPČ im Jänner 1968 und ließ auch in den Folgemonaten keine Gelegenheit ungenutzt, ihre »volle Unterstützung [...] für den neuen Kurs und die neue Führung unserer tschechoslowakischen Bruderpartei« zum Ausdruck zu bringen.¹ Von besonderer Bedeutung war die Übereinstimmung zahlreicher im Aktionsprogramm der KPČ formulierter Schritte auf dem Weg zu einem »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« mit den Vorstellungen, die die KPÖ in diesen Jahren von einem sozialistischen Österreich entwickelt hatte: »Dies gilt insbesondere für die Grundidee, daß es keinen Weg zum Sozialismus ohne breiteste Entfaltung der Demokratie für die Werktätigen geben kann. Wir begrüßen, daß dieses Problem im Mittelpunkt des Aktionsprogramms der KPČ steht«, schrieb der Parteivorsitzende Franz Muhri in seinem Vorwort zu diesem am 5. April 1968 beschlossenen Dokument, das die KPÖ in deutscher Übersetzung als Broschüre herausbrachte.²

Die KPÖ hatte nach Abschluß des Staatsvertrags und dem Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen 1955 starke Rückschläge erlitten, sowohl in der Mitgliederbe-

wegung, hinsichtlich der Aktivitäten der Parteiorganisationen als auch was den Verlust von Positionen in Betrieben und Gemeinden und den Stimmenrückgang bei allgemeinen Wahlen betraf. 1959 mußte sie ihr Ausscheiden aus dem österreichischen Nationalrat hinnehmen. Die in den sechziger Jahren eingeleitete politische und ideologische Neuorientierung und Öffnung verhalf der Partei jedoch zu einer gewissen Ausstrahlung und Resonanz in der Öffentlichkeit. Angestoßen vom 20. Parteitag der KPdSU im Jahr 1956 und der damit verbundenen »Entstalinisierung« fand diese Wendung zunächst programmatischen Niederschlag in den Leitsätzen *Der Weg Österreichs zum Sozialismus* des Jahres 1958 sowie in den von Franz Marek formulierten und vom 19. Parteitag 1965 beschlossenen *Thesen über Perspektiven*. Darin wurden Vorstellungen formuliert, die zu einem späteren Zeitpunkt als »eurokommunistisch«³ beziehungsweise in der KPÖ-offiziellen »Parteigeschichte« als »revisionistisch« und »Ergebnis einer Fehlentwicklung« charakterisiert wurden.⁴ Im Verhältnis zu den sozialistischen Ländern wurde in diesen Jahren unter den Schlagworten der »Autonomie« und »Unabhängigkeit« ein Abgehen von Schönfärberei und bedingungsloser Solidarität bei gleichzeitiger Hinwendung zur »öffentlichen, sachlichen und freundschaftlichen Kritik« an Fehlern und Schwierigkeiten beim sozialistischen Aufbau vollzogen.⁵ Dem entsprach die Betonung eines österreichischen, »friedlichen Weges zum Sozialismus«, die Kursnahme auf Etappenziele, eine qualitative Erneuerung der Demokratie und eine sozialistische Demokratie mit Mehrparteiensystem. Eine Neubestimmung der Haltung zur SPÖ brachte eine »Öffnung gegenüber der Sozialdemokratie«, die auch im Kandidaturverzicht der KPÖ bei den Nationalratswahlen 1966 und der Empfehlung zum Ausdruck kam, zur Verhinderung einer ÖVP-Mehrheit für die SPÖ zu stimmen. Die bereits im Jahr darauf konstatierte »Rechtsentwicklung in der SPÖ« bei

gleichzeitiger Zurückdrängung von bescheidenen Ansätzen einer Linksorientierung, ihre fehlende Opposition zur »Klassenpolitik der ÖVP«, bedeuteten jedoch einen Rückschlag der damit verbundenen Orientierung der KPÖ auf Differenzierungs- und Wandlungsprozesse innerhalb der großen Parteien als Voraussetzung einer »Aktionseinheit der Arbeiterschaft« und »aller demokratischen Kräfte«.⁷

Die Grundgedanken der *Thesen* sollten 1967 in einer breiten Parteidiskussion über »Demokratie und Sozialismus« vertieft werden. Die zu diesem Zweck veröffentlichte Diskussionsgrundlage enthielt eine grundsätzliche Präzisierung in der Frage »des wissenschaftlichen Begriffs« von der »Diktatur des Proletariats«, der durch »Arbeitermacht« und »sozialistische Demokratie« ersetzt werden sollte, und in der Frage des Mehrparteiensystems, wobei nunmehr auch die »Möglichkeit von oppositionellen Parteien, die gegen die sozialistische Orientierung sind«, vorgesehen war. Durch den Reformprozeß in der Tschechoslowakei erhielt die Diskussion ab Jänner 1968 eine Aufwertung, stand doch für die österreichischen Kommunistinnen und Kommunisten fest, daß »die umwälzenden Ereignisse in der ČSSR« nicht nur »von geschichtlicher Bedeutung« seien »für die Demokratisierungstendenzen in der sozialistischen Staatenwelt«, sondern auch für die revolutionäre Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern, »deren Perspektiven weitgehend von der Problematik »Demokratie und Sozialismus« abhängig« seien.⁸

Insgesamt waren die Jahre bis 1968 von Grundsatzdiskussionen über Fragen der kommunistischen Weltbewegung und der Theorieentwicklung des Marxismus geprägt, die oftmals mit Auffassungen Ernst Fischers und seinen internationalen Auftritten verbunden waren. Die schwelenden ideologischen Differenzen in der KPÖ entluden sich erstmals im Jänner/Februar 1968 in offener Form: Zunächst stießen öffentliche Protesterklärungen von Intellektuellen der

KPÖ gegen die Verurteilung der sowjetischen Schriftsteller Ginsburg, Galanskov, Dobrovolskij und Laškova auf heftige Kritik.⁹ Von weitreichender Bedeutung war ein Zwischenfall am 3. Februar 1968, als ein im Klubraum der Parteizentrale geplanter Vortrag des zu diesem Zeitpunkt aus der KPČ ausgeschlossenen tschechoslowakischen Schriftstellers Antonín Liehm von erregten Arbeitern des Parteiverlags unter Führung der ZK-Mitglieder Maller und Hexmann verhindert wurde. Ein eigens aus diesem Anlaß vorverlegtes Plenum des Zentralkomitees mißbilligte sowohl die Haltung jener ZK-Mitglieder, die ohne Absprache mit der Parteileitung öffentliche Protesterklärungen unterzeichnet hatten, als auch die Verletzung der innerparteilichen Demokratie durch die Verhinderung der vom *Tagebuch*, der Intellektuellenzeitschrift der Partei, organisierten Veranstaltung.¹⁰ Was zu diesem Zeitpunkt deutlich wurde, war zwar noch nicht die Herausbildung zweier Flügel, der »Reformer« und der »Konservativen«, wie in der zeitgenössischen Presseberichterstattung, aber auch in der Forschungs- und Memoirenliteratur oftmals simplifizierend behauptet wird, jedoch waren vor dem Hintergrund der politisch-ideologischen Differenzen eine tiefe Polarisierung und Anzeichen von Gruppen- und Fraktionsbildung unübersehbar. Appelle, diese Tendenz »durch die Klärung der ideologischen und politischen Fragen« zu überwinden,¹¹ erwiesen sich in weiterer Folge als wirkungslos und unrealistisch, vielmehr vertieften sich nach dem offenen Ausbruch der Parteikrise im August 1968 die Gegensätze innerhalb der Partei.

Verurteilung des Einmarsches

Für die KPÖ kam der Einmarsch der Truppen von fünf Staaten des Warschauer Vertrags in die Tschechoslowakei überraschend, er widersprach den Informationen, die der KPÖ nach der Konferenz der Bruderparteien der sozialistischen Länder in Bratislava zur Verfügung standen. Im August informierte das ZK der KPdSU die österreichische Bruderpartei über seine Bewertung der Gespräche zwischen den Führungen von KPČ und KPdSU in Čierna nad Tisou und der Konferenz von Bratislava. Zwar wurden hierin die Orientierung der KPdSU auf eine politische Lösung der Probleme und die »positiven Resultate der Gespräche« festgehalten, gleichzeitig jedoch »mit aller Offenheit« ausgesprochen, daß man die sowjetischen Befürchtungen »nicht für vollständig aufgehoben erachten muß«.¹² Die KPÖ hatte zuvor im Zusammenhang mit den öffentlichen Polemiken und der Zuspitzung im

Verhältnis zwischen der KPČ und den Bruderparteien ihre »volle Solidarität und Unterstützung für die Führung der KPTsch«, sowie ihre Befriedigung über das positive Ergebnis der Beratungen von Čierna und Bratislava zum Ausdruck gebracht. Hervorgehoben wurden »die Autonomie, die Gleichberechtigung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten«, sowie die Meinung, daß sich die ČSSR in keinem »konterrevolutionären« Prozeß befinde und die Grundlagen des Sozialismus nicht unmittelbar bedroht seien.¹³

»Die KPÖ gegen den Einmarsch«, titelte am 22. August 1968 die *Volksstimme*, das Zentralorgan der Partei,¹⁴ und brachte eine am Nachmittag des 21. August formulierte Erklärung des Politbüros, die die militärische Intervention mißbilligte.¹⁵ Mit nur sechs Gegenstimmen wurde auf einer eigens für den 22. August einberufenen Sitzung des Zentralkomitees diese »Mißbilligung« auf Vorschlag Ernst Fischers zu einer »Verurteilung« zugespitzt.¹⁶ Im Beschluß des ZK wurde »die Besetzung der ČSSR« als »eine direkte Verletzung der Normen der Beziehungen zwischen den Kommunistischen Parteien und der sozialistischen Länder« zurückgewiesen.

Zwei Argumentationslinien blieben bei der Einschätzung der tschechoslowakischen Ereignisse auch in den Folgemonaten bestimmend: Zum einen die Auffassung, daß trotz des Wirkens »antisozialistischer Kräfte innerhalb und außerhalb der ČSSR« keine akute konterrevolutionäre Situation bestanden habe und die KPČ unter Alexander Dubček selbst in der Lage gewesen sei, »mit diesen Gefahren fertig zu werden«. Die militärische Besetzung wurde insofern als »Folge schwerer Fehleinschätzungen« eingeschätzt. Zum anderen trat die KPÖ »für eine friedliche politische Lösung« des Konflikts als »Ergebnis von freien Verhandlungen mit den rechtmäßigen und gewählten Vertretern der ČSSR« ein. Mit »Nachdruck« wurden der Abzug der Truppen und »die Wiederherstellung der vollen Souveränität der sozialistischen Tschechoslowakei« gefordert. Als einen Schritt zu dieser politischen Lösung betrachtete die KPÖ die Normalisierung der Beziehungen innerhalb der kommunistischen Weltbewegung: »Zu diesem Zweck wird die KPÖ Kontakt mit Bruderparteien aufnehmen« und jede diesem Ziel dienende Initiative unterstützen, hieß es im genannten Beschluß. Diese Stellungnahme wurde allen kommunistischen Parteien übermittelt, in einem Begleitbrief wurde die Bereitschaft der KPÖ zu direkten Gesprächen ausgedrückt.¹⁷

Bereits am 18. Juli hatte die KPF den Vorschlag unterbreitet, zur Erörterung der Vorgänge in der ČSSR und der Reaktion der sozialistischen Länder eine Konferenz der

europäischen kommunistischen Parteien durchzuführen, was das Politbüro der KPÖ unverzüglich begrüßte.¹⁸ Von der KPdSU und den Parteien der sozialistischen Länder wurde diese Initiative jedoch abgelehnt.¹⁹ Angesichts der daraus resultierenden Unwahrscheinlichkeit beziehungsweise Unmöglichkeit einer europäischen Konferenz strebte die KPÖ nunmehr offensiv eine Konferenz der kommunistischen Parteien Westeuropas an. Diese Initiative »zur Analyse der tieferen Ursachen dieses Konflikts in der kommunistischen Weltbewegung« wurde mehrmals in der Parteipresse veröffentlicht und Mitte September als ZK-Beschluß fixiert. In den Augen der KPÖ sollte eine solche Konferenz neben einem »informellen Meinungsaustausch über Grundsatzprobleme« mittels »einer kollektiven Stellungnahme« positiv auf die Parteien der fünf Interventionsstaaten einwirken und damit einen Beitrag »zur friedlichen politischen Lösung« leisten. Dieser Gedanke wurde auch von der KPI unterstützt, der am 24. August von Franz Marek ein dahingehender Vorschlag der KPÖ unterbreitet worden war.²⁰

Die Bemühungen der KPÖ waren jedoch vor dem Hintergrund der ablehnenden Haltung der KPdSU und dahingehender Einflüsse auf die Bruderparteien bereits zu diesem Zeitpunkt zum Scheitern verurteilt: Bereits am 2. September wurde der KPdSU von der KPF mitgeteilt, daß sie keine multilateralen Treffen der kommunistischen Partei zu unterstützen gedenke. Die KPI hatte zuvor gegenüber der KPÖ die Zustimmung der KPF zu einer solchen Konferenz als Bedingung ihrer eigenen Teilnahme festgehalten,²¹ worauf auch sie ihre Haltung änderte.²² Am ZK-Plenum der KPÖ am 12. September berichtete Muhri, daß die KPdSU allen Parteien, darunter auch der KPÖ, ihre ablehnende Haltung mitgeteilt habe.²³ Offenbar dürfte die KPÖ jedoch über das Einlenken von KPI und KPF nicht parteioffiziell informiert worden sein, bekräftigte Muhri doch in einem Interview mit dem ORF Anfang Oktober das Eintreten seiner Partei für eine westeuropäische Konferenz unter anderem mit dem Hinweis auf die zustimmende Haltung der italienischen und französischen Partei.²⁴ Wie ernst die KPdSU die Initiative der KPÖ nahm, davon zeugen Telegramme, die gleich darauf an die KPÖ- und KPF-Führung gingen: Die KPÖ wurde vor »schwer korrigierbaren Folgen für die Einheit der europäischen kommunistischen Bewegung« gewarnt, der KPF wurde nahe gelegt, ihre ablehnende Position auch öffentlich kundzumachen, was kurz darauf auch in einer Stellungnahme an die KPÖ, wonach sie eine Konferenz



Franz Muhri (1924–2001), Vorsitzender der KPÖ, am 20. Parteitag im Jänner 1969. Quelle: Zentrales Parteiarhiv der KPÖ, Bildarchiv.

der KPs Westeuropas in der gegenwärtigen Situation »für nicht opportun« halte, erfolgte.²⁵

Fortschreitender Differenzierungsprozeß

Neben innenpolitischen Schwierigkeiten, die aus der Militärintervention resultierten und die KPÖ aufgrund der geographischen Nähe Österreichs zur ČSSR besonders betrafen, bedeutete der Einmarsch vor allem »eine schwere Belastungsprobe« für die Einheit der Partei.²⁶ Es folgten jene bis Herbst 1969 währenden Auseinandersetzungen, die als »Parteikrise« in die Geschichte der KPÖ eingingen. Es handelt sich jedoch um eine vereinfachende Einschätzung, daß bereits »der Einmarsch [...] die Fronten innerhalb der KPÖ eindeutig abgesteckt hatte«²⁷ und die KPÖ seit diesem Zeitpunkt – seit August 1968 – in zwei klar abgrenzbare Flügel beziehungsweise Fraktionen gespalten war: in konservativ-orthodoxe »Stalinisten« und sektiererische »Dogmatiker« auf der einen Seite, reformkommunistische »Progressive«, »Revisionisten« und »Rechtsopportunisten« auf der anderen Sei-

te, je nach – zumeist in diffamierender Absicht erfolgreicher – Zuschreibung und Etikettierung. In Wahrheit geriet in einem über mehrere Bruchlinien vermittelten, sich fortwährend vertiefenden Differenzierungsprozeß die am 21. August eingeschlagene, in Kontinuität zur Neuorientierung der KPÖ stehende Linie von mehreren Seiten unter Druck, bis zur Eskalation der Auseinandersetzungen in der zweiten Jahreshälfte 1969.

Ähnlich wie die Enthüllungen des 20. Parteitags der KPdSU und die Ungarn-Krise im Jahr 1956 führte die Intervention in der ČSSR 1968 zu schweren Erschütterungen und einer Vertrauenskrise in der Parteimitgliedschaft. Im Politbüro war Ende August von Diskussionen in den Parteiorganisationen die Rede, die »oft einen widersprüchlichen und stürmischen Verlauf« nahmen.²⁸ Zum ersten Mal in ihrer Geschichte hatte die KPÖ in offener Form Kritik an der KPdSU und anderen Parteien der sozialistischen Länder geübt. In Form und Inhalt waren die Erklärungen und Initiativen der KPÖ eine der weitestgehenden aller westeuropäi-

schen kommunistischen Parteien. Von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung war jedoch, daß die breite Masse der Parteimitglieder aufgrund ihrer traditionellen Verbundenheit mit der Sowjetunion kritische Stellungnahmen zu Problemen der sozialistischen Länder tendenziell als »antisonjettisch« einschätzte und so auch die Verurteilung der Intervention durch das Zentralkomitee nur halbherzig mittrug beziehungsweise generell ablehnte. So wußte Muhri wenige Wochen nach dem Einmarsch vor dem Zentralkomitee zu berichten, daß »in zahlreichen Bezirken sogar die Mehrheit der Funktionäre des tragenden Teils unserer Partei« gegen den Standpunkt des ZK sei.²⁹ Neben der Parteibasis und dem Funktionärskader fand diese an überholten, jedoch tief verwurzelten Vorstellungen festhaltende Tendenz, in der die Skepsis gegenüber den Grundgedanken des 20. Parteitags der KPdSU und dem in der KPÖ eingeleiteten »tiefgreifenden schwierigen langwierigen Prozeß der Umorientierung«³⁰ zum Ausdruck kam, auch im Parteiapparat selbst starken Rückhalt. So mußte noch im Jahr 1970 festgestellt werden, daß selbst »die programmatischen Grundsätze über den Weg Österreichs zum Sozialismus keineswegs schon Gemeingut der großen Mehrheit« der Parteifunktionäre und Mitglieder geworden seien.³¹

Die ablehnende Haltung gegenüber der Verurteilung der Militärintervention durch das Zentralkomitee »von linken Gesichtspunkten aus« – »dogmatische und sektiererische Standpunkte« – wurden zu diesem Zeitpunkt vom KPÖ-Parteivorsitzenden zwar als quantitativ stärker eingeschätzt als die »extreme« Gegenposition,³² für Zuspitzungen im weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen waren jedoch vor allem das öffentliche Auftreten von Ernst Fischer und Beiträge in der Intellektuellenzeitschrift der KPÖ bestimmend, die über die Beschlüsse der Partei hinausdrängten und von vielen – sowohl in ihrer inhaltlichen Tragweite als auch hinsichtlich der Art und Weise ihrer Artikulation – als Provokation empfunden wurden. So trat am 31. August der Beirat des *Tagebuchs* mit einer von zwanzig kommunistischen Intellektuellen – darunter Mitglieder des Zentralkomitees – unterzeichneten Erklärung an die Öffentlichkeit, die das Moskauer Abkommen als »Diktat« und »Erpressung« charakterisierte.³³ Am 10. September 1968 folgte ein als

»politischer Paukenschlag« gewertetes Interview Ernst Fischers im österreichischen Fernsehen, in dem er das Moskauer Überkommen ebenso als »Diktat« bezeichnete und für den Fall, daß die ultimative Forderung nach einem sofortigen Abzug der Besatzungstruppen nicht erfüllt werde, den Bruch mit der sowjetischen Parteiführung verlangte.³⁴ Beide Stellungnahmen gingen weit über KPÖ-offizielle Verlautbarungen hinaus beziehungsweise standen im Gegensatz zur auch in einem ZK-Beschluß fixierten Einschätzung, daß der Abschluß des sowjetisch-tschechoslowakischen Abkommens in Moskau »in der realen Situation« ein »erster Schritt zu einer friedlichen politischen Lösung« sei.³⁵

Insgesamt bekräftigte das 33. ZK-Plenum, das sich am 12. und 13. September mit den tschechoslowakischen Ereignissen beschäftigte, die kritische Haltung zum Einmarsch und die Forderung nach dem Abzug der ausländischen Truppen aus der ČSSR. Auch nach Abschluß des Vertrages über die zeitweilige Stationierung sowjetischer Truppen in der ČSSR hielt die Partei an ihrer Auffassung fest, »daß eine volle Wiederherstellung der Souveränität der ČSSR den raschesten Abzug aller ausländischen Truppen einschließt«.³⁶ Vor dem Hintergrund der genannten öffentlichen Stellungnahmen standen die einzelnen Redebeiträge am 33. ZK-Plenum jedoch bereits mehrheitlich im Zeichen des spektakulären Auftretens von Fischer und ähnlicher Haltungen in der Partei. Zwar wurden die im Referat von Muhri formulierten Grundlinien und die darin enthaltene Zurückweisung »extremer« Standpunkte mit nur zwei Enthaltungen angenommen und eine Resolution dieses Inhalts mit nur zwei Gegenstimmen beschlossen,³⁷ dennoch vertiefte sich der Prozeß wechselseitiger Aufschaukelung und organisierter Gruppenbildung. Die Krise der Partei spitzte sich noch im Jahresverlauf bis zur Zerreißprobe zu, was auch auf einzelnen Bezirkskonferenzen und der dabei stattfindenden Wahl der Delegierten zum bevorstehenden 20. Parteitag zum Ausdruck kam.

Die Unzufriedenheit der Parteibasis speiste sich auch aus der Tatsache, daß das öffentliche Erscheinungsbild der KPÖ maßgeblich von den reformorientierten Kräften geprägt war: Dies hatte neben den in den Massenmedien Resonanz findenden öffentlichen Auftritten auch mit führenden Positionen ihrer Exponenten in der Parteipresse zu tun: Franz West fungierte als Chefredakteur des Zentralorgans, Franz Marek leitete das theoretische Organ *Weg*

und *Ziel*. Ebenso dieser Strömung zuzuordnen waren neben der Intellektuellenzeitschrift *Tagebuch* die Mehrheit in der Jugendorganisation »Freie Österreichische Jugend« sowie maßgebliche Kräfte in der Wiener und niederösterreichischen Landesorganisation und der mit der KPÖ verbundenen Gewerkschaftsfraktion »Gewerkschaftliche Einheit« um Egon Kodicek. Der Einfluß dieser Kräfte erstreckte sich demgemäß weit über Kreise der Parteiintellektuellen hinaus auf die Parteijugend und Betriebsfunktionäre, was auch in der Zusammensetzung des Zentralkomitees und Politischen Büros entsprechenden Niederschlag fand. Vor diesem Hintergrund kam der personellen Seite des im Jänner 1969 angesetzten 20. Parteitags, der Zusammensetzung des neuen Zentralkomitees, eine große Bedeutung zu. Als am Parteitag unter anderem die Mitglieder des Politbüros Marek und Kodicek nicht wieder ins ZK gewählt wurden, was gleichermaßen auf eine fraktionell vorbereitete Streichungsaktion wie auf die breite Ablehnung ihrer Auffassungen in der Parteibasis verweist, stand die Partei vor einer Zerreißprobe. Eine persönliche Initiative des Parteivorsitzenden Muhri führte schließlich zu einer Korrektur des Wahlergebnisses: Auf seinen Vorschlag hin wurde in einer offenen Neuaufstellung der gesamte Wahlvorschlag en bloc angenommen,³⁸ womit eine drohende Spaltung verhindert werden konnte. Die konstituierende Sitzung des Zentralkomitees wählte Muhri in geheimer Wahl zum Parteivorsitzenden sowie Friedl Fűrberg, Hans Kalt und Erwin Scharf, die bisher klar gegen die Auffassungen von Fischer und Marek aufgetreten waren, zu Sekretären des ZK. Marek legte seine Funktion als Chefredakteur von *Weg und Ziel* zurück und schied aus dem Politbüro aus. West blieb Chefredakteur der *Volksstimme*, Kodicek, Josef Lauscher, Alfred Ruschitzka, Maria Urban und Fritz Zapf komplettierten das neue Politische Büro,³⁹ womit das Kräfteverhältnis im operativen Führungsgremium der Partei unverändert und in etwa ausgewogen blieb. Im Laufe der Diskussion im ZK waren zuvor zahlreiche Stimmen laut geworden, die sich gegen die Wahl von Scharf und Fűrberg ins Politbüro aussprachen. Im Zentralkomitee selbst war das Kräfteverhältnis ähnlich: So wurden in einem vertraulichen Bericht des ZK-Mitglieds Robert Dubovsky an die SED 42 Mitglieder dieses Gremiums für eine »marxistisch-leninistische Politik« ausgemacht, (wohl leicht überzeichnet) 33 für die von Dubovsky so bezeichnete »Fischer-Marek-Gruppe« und zwölf als nicht eindeutig einzuschätzen.⁴⁰

20. Parteitag der KPÖ, 3. bis 6. Jänner 1969, in der Wiener Stadthalle. Quelle: Zentrales Parteiarhiv der KPÖ, Bildarchiv.

Inhaltliche Bruchlinien

In inhaltlicher Hinsicht standen in der Parteidiskussion der Jahre 1968/69 drei Problemstellungen im Mittelpunkt der Kontroversen: Zum einen Fragen der kommunistischen Weltbewegung, allen voran das Verhältnis zur KPdSU und den sozialistischen Ländern, weiters die Einschätzung der Entwicklung in der Tschechoslowakei, sowie der »neuen Linken« und daraus resultierende Herausforderungen für die KPÖ.

In der Diskussion über Grundfragen der kommunistischen Bewegung wurde an den Reformimpuls des 20. Parteitags der KPdSU angeknüpft. Konkret wurden drei tiefer liegende Gründe für die zum Einmarsch führende »Fehleinschätzung« herausgearbeitet: Zum einen die »Verletzung der Prinzipien der Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien und [...] sozialistischen Ländern« sowie des Grundsatzes der Gleichberechtigung, Autonomie und Souveränität. In diesem Zusammenhang wurde auch die Mißachtung der Einschätzung der westeuropäischen kommunistischen Parteien kritisiert. Zweitens wurde das Problem der Demokratieentwicklung in den Ländern des realen Sozialismus neu aufgerollt beziehungsweise schärfer akzentuiert. Kritisiert wurden Deformations- und Stagnationserscheinungen der »sozialistischen Demokratie« sowie »politischer und ideologischer Paternalismus« und Bevormundung, ja das Fehlen der Diskussions- und Informationsfreiheit in der Sowjetunion. So werde beispielsweise in der dortigen Presse unzureichend über das Aktionsprogramm der KPC oder über die ablehnende Haltung der westeuropäischen Bruderparteien zum Einmarsch in die ČSSR informiert. Drittens wurde an die vom 20. Parteitag angestoßene Debatte über nationale Besonderheiten und allgemeingültige Merkmale beim Übergang zum und Aufbau des Sozialismus angeknüpft. Vor dem Hintergrund der seitens der SED erfolgten Charakterisierung des Aktionsprogramms der KPC als »revisionistisch« und der gesellschaftlichen Entwicklung und nationalen Formen der sozialistischen Demokratisierung in der ČSSR als »konterrevolutionär« wurden die Vorstellungen der KPÖ über die »Vielfalt der Wege und Formen«, über einen österreichischen Weg zum Sozialismus –



auf Grundlage des Mehrparteiensystems bei Zulassung einer Opposition – verteidigt. Sozialismus bedeute nicht die »Beseitigung bestehender demokratischer Errungenschaften und Freiheiten, sondern die Hinzufügung und Erringung neuer Rechte und Freiheiten für die arbeitenden Menschen, die nur durch die Zurückdrängung und Ausschaltung des Großkapitals aus der Politik und aus der Wirtschaft möglich sind«, so Muhri im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den 20. Parteitag der KPÖ.⁴¹

Noch vor dem Parteitag hatte im Politbüro und Zentralkomitee das Kommuniqué über eine Aussprache der Delegationen von KPÖ und KPdSU zu Auseinandersetzungen geführt. Bei den am 2. und 3. Dezember stattfindenden Gesprächen konnte erwartungsgemäß keine Einigung hinsichtlich der Intervention der Warschauer Vertragsstaaten erzielt werden, was jedoch im Kommuniqué auf Druck der KPdSU keinen direkten Niederschlag fand.⁴² Während das Politbüro nach Abschluß des Meinungsaustausches über das Kommuniqué die Passage über die ČSSR als »Kompromissformel«, jedoch gleichermaßen als »kein Abgeben von unserem Standpunkt« charakterisierte,

konstatierte beispielsweise Ernst Fischer eine faktische »Zurücknahme der unabhängigen Haltung« der KPÖ und eine »Erschütterung unserer Glaubwürdigkeit«.⁴³ Festgehalten wurde im Rahmen der Aussprache in Moskau die Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen KPdSU und KPÖ. Auch am 20. Parteitag wurden auf einen Bruch mit den sozialistischen Ländern und der KPdSU-Führung orientierende Auffassungen zurückgewiesen.⁴⁴ Insgesamt wurden im Verlauf der »Parteikrise« von der Mehrheit des Politbüros und Zentralkomitees alle Initiativen abgelehnt, die vor dem Hintergrund der kritischen Positionierung der KPÖ zum 21. August 1968 eine weitere Verschärfung und Zuspitzung des Verhältnisses zur KPdSU und den anderen Bruderparteien bedeuten hätten können. Im Gegensatz dazu intensivierte unter anderem der *Tagebuch*-Kreis seine Forderungen nach einer weitergehenden Kritik und Distanzierung von der Sowjetunion, bis hin zur Gleichstellung des 21. August 1968 als »ähnlich schicksalhaftem Wendepunkt in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung« wie einst der 4. August 1914 in einem redaktionellen Beitrag, was als Aufforderung zum Bruch und als Vernei-

nung des sozialistischen Charakters der Sowjetunion gewertet wurde.⁴⁵

Eine weitere, die Spaltung im Zentralkomitee vertiefende Bruchlinie stellte die Einschätzung der Entwicklung in der ČSSR und der personellen Veränderungen an der Spitze der KPČ im April und September 1969 dar. Die KPÖ bezeichnete – zunächst in einem Kommentar im Zentralorgan, später in einem Beschluß des Zentralkomitees – die Ablösung von Alexander Dubček als Erster Sekretär der Partei und seine Ersetzung durch Gustáv Husák zwar als »innere Angelegenheit« der KPČ, hob jedoch ihre Unterstützung der »dezidierten Erklärung« Husáks hervor, die »Nachjännerpolitik« auf Grundlage des Aktionsprogramms fortzusetzen.⁴⁶ Im Abstimmungsergebnis von 45 gegen 20 Stimmen (bei sechs Enthaltungen) kam die gegenläufige, unter anderem vom *Tagebuch*-Beirat vertretene Einschätzung zum Ausdruck, daß die Veränderungen in der KPČ auf eine »Liquidierung aller wesentlichen Elemente der Nachjännerpolitik« hinausliefen.⁴⁷ Inhaltlich weitergehende Ergänzungsanträge, die die Einmischung der KPdSU in innere Angelegenheiten der ČSSR und die fortwährende Anwesenheit

sowjetischer Truppen in der ČSSR deutlich verurteilten, fanden keine Mehrheit.⁴⁸ Auch ein Antrag von Franz West, der die »Sorge« über die am September-Plenum des ZK der KPČ beschlossene Entfernung von führenden Parteifunktionären und die Abberufung von Alexander Dubček aus dem Präsidium zum Ausdruck brachte, wurde mit 24:36:6 Stimmen abgelehnt. Die unterschiedlichen Auffassungen in der Parteiführung der KPÖ über die Entwicklung in der ČSSR führten in den letzten Monaten des Jahres 1969 letztlich dazu, daß zu dieser Frage nicht mehr parteioffiziell Stellung bezogen werden konnte.⁴⁹ Nachrichten und Meldungen über Entwicklungen in der ČSSR wurden in der *Volksstimme* weitgehend unkommentiert wiedergegeben.

Insgesamt standen Äußerungen der KPÖ über den Reformprozeß in der Tschechoslowakei seit 1969 im Zeichen der Unterstützung der »Normalisierung«. So bestand eine leichte Akzentverschiebung auch darin, daß – analog zu dahingehenden Einschätzungen der KPČ – stärker als zuvor die Uneinigkeit der neuen Parteiführung nach dem Jänner 1968, die Einmischung der imperialistischen Mächte, das Wirken dogmatischer und antisozialistischer Kräfte, sowie die Notwendigkeit eines entschlossenen Kampfes gegen diese hervorgehoben wurde. Bereits in der Parteitage resolution wurde festgehalten, daß der Einmarsch nicht zur Verhinderung des Demokratisierungsprozesses in der ČSSR erfolgt sei, vielmehr hätten alle bekannten Tatsachen die »Meinung erhärtet, daß das Motiv für den Einmarsch, zu dem sich die fünf Warschauer-Pakt-Staaten schweren Herzens entschlossen haben, die Sorge um das Schicksal des Sozialismus« in der ČSSR und um die Sicherheit der sozialistischen Staatengemeinschaft war.⁵⁰ Zudem wurde ab Dezember 1968 immer stärker das Argument ins Treffen geführt, »wieder richtige Proportionen in unserer Arbeit herzustellen« und von der Fixierung auf die tschechoslowakischen Ereignisse und auf Grundprobleme der kommunistischen Bewegung wieder zur praktischen Arbeit, zur Konzentration auf innenpolitische Aufgaben wie den bevorstehenden Nationalratswahlkampf und wirtschaftspolitische Fragen wie die geplante Reform der verstaatlichten Industrie, sowie auf internationale Fragen wie die Solidarität mit dem Freiheitskampf des vietnamesischen Volkes überzugehen.⁵¹

Eskalation und »Normalisierung«

Bestimmend blieb zunächst die Orientierung der Parteiführung auf Wahrung beziehungsweise Wiederherstellung der politi-

schen und ideologischen Einheit der Partei, weshalb die mit nur drei Stimmenthaltungen beschlossene Hauptresolution des 20. Parteitags als Plattform eines »Neubeginns« betrachtet wurde, auf deren Grundlage die Krise überwunden werden sollte. Diese Plattform sollte in einem »Zweifrontenkampf« gleichermaßen gegen extreme Auffassungen des Dogmatismus und »Revisionismus« und dahingehende einseitige Interpretationen des 19. Parteitags verteidigt werden. Indem die Einschätzungen und Forderungen des *Tagebuch*-Kreises und einzelner Mitglieder der Parteiführung jedoch in vielen Fragen über die in der Parteitage resolution formulierte Kritik hinausgingen, standen die reformorientierten Teile der KPÖ, die sich als legitime Vertreter des 19. Parteitags betrachteten, insgesamt vor dem Problem, daß die prominentesten Exponenten der Neuorientierung – allen voran Fischer und Marek – nunmehr in der Parteioffentlichkeit als jene erschienen, die gegen die Beschlüsse der Partei, für eine Revision der am 19. und 20. Parteitag fixierten Grundlinie und gegen den dort proklamierten »Neubeginn« eintraten.

Wesentlich zur Zuspitzung der Auseinandersetzung im Verlauf des Jahres 1969 trugen Äußerungen Ernst Fischers und des *Tagebuchs* über die »neue Linke« bei, die Charakter und Notwendigkeit der KPÖ als revolutionäre Partei berührten. So sprach sich Fischer in einem Artikel in der *Hamburger Zeit* für ein Bündnis verschiedenartiger linker Gruppierungen aus, deren flexible Taktik bis zum Versuch reichen müsse, »versteuerte Parteien zu sprengen, von ihnen loszureißen, was noch lebt«, was als »Infragestellung der Funktion der KPÖ« beziehungsweise ihre Ersetzung durch eine »nebulöse Linksbewegung« interpretiert wurde.⁵² Vor dem Hintergrund solcher Überspitzungen wurde die bisher weitgehend wirkungslose Orientierung auf eine politisch-ideologische Klärung der Streitfragen im Jahresverlauf durch die offene und öffentliche Auseinandersetzung mit jener »Tendenz« abgelöst, »einige wesentliche Grundsätze des 19. und des 20. Parteitages von rechtsopportunistischer Position aus [...] öffentlich anzugreifen und sie in Frage zu stellen«, wie Muhri am Höhepunkt der Auseinandersetzungen Ende 1969 resümierte.⁵³ »Dogmatische und sektiererische Tendenzen«, mit denen man sich ebenso auseinandersetzen müsse, wurden in diesem Zusammenhang eher formelhaft ins Treffen geführt.

Der Ausschluß Fischers lieferte letztlich den Anlaß zur Eskalation der Auseinandersetzungen im Herbst 1969: Nachdem dieser in einem Fernsehinterview sein Diktum

vom »Panzerkommunismus«, der dem humanistischen Sozialismus gegenüber stehe,⁵⁴ geprägt hatte, beschloß die laut Parteistatut autonom agierende Schiedskommission im Mai, Fischer aus der KPÖ auszuschließen. Einer darauf folgenden Empfehlung des Zentralkomitees, diese Maßnahme aufzuheben, wurde im Oktober nicht entsprochen.⁵⁵ In Reaktion darauf traten 27 Mitglieder des Zentralkomitees mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, in der sie den Ausschluß Fischers als »weiteren Schlag gegen Demokratie und Autonomie« charakterisierten, der »die Tendenz zur Spaltung« der KPÖ verstärke.⁵⁶ Diese Vorgänge machten den quer durch alle Parteiorganisationen gehenden tiefen Riß in der KPÖ deutlich: Aus unzähligen Basisstrukturen der Partei – Bezirks-, Betriebs- und Grundorganisationen – trafen nun Stellungnahmen und Resolutionen beim Zentralkomitee ein, die einerseits gegen den Ausschluß Fischers protestierten, in ihrer Mehrzahl jedoch sein Auftreten und die öffentliche Erklärung der 27 als »Fraktionstätigkeit« verurteilten. Diese Stimmung widerspiegelte sich auch im Zentralkomitee: Die 7. Plenartagung akzeptierte am 27. und 28. Oktober auf Antrag von Fürnberg mit 46 gegen 28 Stimmen bei zwei Enthaltungen den Ausschluß Fischers mit der Feststellung, daß es seine »ideologischen und politischen Auffassungen« ablehne. Zugleich wurde die Erklärung der 27 als »den für die Partei geltenden organisatorischen Grundsätzen« widersprechend zurückgewiesen.⁵⁷ Marek hatte zuvor in seinem Redebeitrag alle mit dem Ausschluß Fischers nicht einverstanden ZK-Mitglieder aufgefordert, im Falle einer Annahme des Antrags von Fürnberg »nach der Sitzung hierzubleiben«, um über weitere Maßnahmen und Erklärungen zu beraten, worauf tatsächlich etwa zwanzig ZK-Mitglieder zurückblieben und sich Anfang November mit ultimativen Forderungen an das Politbüro wandten.⁵⁸

Muhris Referat auf dem 8. ZK-Plenum am 24./25. November 1969 war ein letztes Mal von seinem Bemühen um einen Ausgleich und Kompromiß gekennzeichnet, für den – wie sich zeigen sollte – keine Grundlage mehr bestand: Bei gleichzeitiger Ablehnung von Gruppenbildungen sprach er sich gegen »monolithische« Leitungsstrukturen aus und sagte – Bezug nehmend auf die Forderungen der 27 – die Öffnung der Parteiorgane für parteinterne Kontroversen zu. Als Grundlage für die Überwindung der Krise bezeichnete er jedoch auch die Verbindlichkeit von Beschlüssen, den Verzicht auf die Austragung der Meinungsverschiedenheiten in den Massenmedien und die

Überwindung der Tendenz zu Gruppenbildungen. Eine Absage erteilte er der Ersetzung der KPÖ durch eine »neue Linke« sowie einer Linie der Zuspitzung der Beziehungen oder gar des Bruchs mit der KPdSU. Die dem Inhalt des Referats folgende Hauptresolution wurde mit 52:27:3 Stimmen angenommen.⁵⁹

Ein mit knapper Mehrheit (37:34:4) angenommener Antrag des niederösterreichischen Landessekretärs Karl Zenker, daß Franz Zapf als Verantwortlicher für Jugendarbeit aus dem Politbüro ausscheiden solle, nachdem dieser sich geweigert hatte, die in der vorangegangenen Sitzung beschlossene Kursnahme auf den Aufbau einer kommunistischen Jugendbewegung mitzutragen, führte letztlich zum Bruch: Die Mitglieder des Politbüros Maria Urban, Egon Kodicek und Franz West legten ihre Funktionen in diesem Gremium zurück, letzterer auch seine Aufgabe als Chefredakteur des Zentralorgans.⁶⁰ Darauf verließen die meisten der 27 den Saal und kehrten in weiterer Folge der KPÖ den Rücken. Es folgte eine Welle von Funktionsniederlegungen und Parteiaustritten, darunter zahlreiche Partei- und Betriebsfunktionäre, Intellektuelle und Vertreter der Jugendorganisationen.

Zur Überwindung der Krise und Wahl einer aktionsfähigen Parteiführung wurde der 21. Parteitag auf Ende Mai 1970 vorverlegt, der hinsichtlich innerparteilicher Fragestellungen im Zeichen der »Normalisierung«, der Abrechnung mit dem »Rechtsopportunismus« und der Bekräftigung des »Marxismus-Leninismus« stand. Im Zuge der Kampagne gegen die sich im Umfeld des *Wiener Tagebuchs*, der FÖJ und der von der »Gewerkschaftlichen Einheit« abgespaltenen »Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftliche Einheit« sammelnden »revisionistischen« Kräfte⁶¹ wurden auch einzelne Parteiausschlüsse vollzogen, etwa gegen Franz Marek. Insgesamt verringerte sich der Mitgliederstand der Partei um ein Drittel: von 31 415 am 1. Jänner 1968 auf 26 663 zur Zeit des 21. Parteitags im Mai 1970 und 21 680 Ende 1971.

Dieser Entwicklung entsprach die Rücknahme der im August 1968 vom Zentralkomitee der KPÖ beschlossenen Verurteilung des Einmarsches der Warschauer Vertragsstaaten in die ČSSR im März 1971: Seit 1969 wurde von maßgeblichen Teilen der Partei eine Neubewertung der tschechoslowakischen Ereignisse und eine Revision des ZK-Beschlusses gefordert. Als Abschluß der Diskussionen über die Ereignisse in der Tschechoslowakei wurde dieser in der Parteibasis und im Funktionärskader dominie-

renden Stimmung letztlich im Frühjahr 1971 Rechnung getragen: Nach der Einladung einer KPÖ-Delegation nach Prag beschloß das 5. ZK-Plenum am 11. März 1971 mit vier Gegenstimmen und drei Enthaltungen, das »Eingreifen der fünf Warschauer-Pakt-Staaten« als »eine bittere Notwendigkeit« anzusehen. Erwin Scharf führte in seinem Referat zur Rechtfertigung dieses Kurswechsels zwei Argumente ins Treffen: Zum einen sei es eine Fehleinschätzung gewesen, daß die KPČ und die tschechoslowakische Arbeiterklasse aus eigener Kraft imstande gewesen wären, mit den »antisozialistischen Gefahren« fertig zu werden, zum anderen wandte er sich unter Berufung auf den Klassenstandpunkt gegen das Verständnis einer »abstrakten Souveränität«. Demgegenüber sei die »Verteidigung des Sozialismus« die »höchste Pflicht des Kommunisten«. Nicht zuletzt auf Initiative von Franz Muhri wurde eine Kompromißformulierung in die Beschlußvorlage aufgenommen, die im »Interesse der Einheit der Partei« auch die Respektierung »kritische[r] Vorbehalte« einzelner Genossinnen und Genossen festhielt.⁶²

Der Ausgang der »Parteikrise« war im wesentlichen das Resultat eines Bündnisses der an dogmatischen Auffassungen festhaltenden Kräfte mit jenen Teilen der Partei, die zwar Reformimpulse aufnahmen, jedoch gleichermaßen gegen die in ihren Augen von den »Revisionisten« betriebene »Sozialdemokratisierung« beziehungsweise Liquidation der KPÖ eintraten. Nach Überwindung der »Parteikrise« kam es in wichtigen Fragen zu einer neuerlichen Verhärtung überholter Vorstellungen, im Parteileben verfestigte sich eine auf die Abwehr kritischer Fragen gerichtete Haltung. Im 1982 beschlossenen Parteiprogramm mit dem Titel *Sozialismus in Österreichs Farben* wurde zwar an zahlreiche Grundgedanken bisheriger Diskussionen über »Demokratie und Sozialismus« angeknüpft. Mit dem formelhaften Bekenntnis zur Sowjetunion und den Prinzipien des »Marxismus-Leninismus« wurde jedoch eine offene Diskussion der seit dem XX. Parteitag der KPdSU aufgeworfenen Fragen und die kritische Auseinandersetzung über Problemstellungen der sozialistischen Länder »auf längere Zeit wieder weitgehend eingestellt«. Fortgesetzt wurde die frühere Linie einer unkritischen Solidarität mit der KPdSU,⁶³ wie Franz Muhri in den neunziger Jahren resümierte.

Nach dem Zusammenbruch der Staaten des realen Sozialismus wurde die 1971 erfolgte Rücknahme der Verurteilung des Einmarsches als »politischer Fehler« bezeichnet. Den »Prager Frühling« charakterisierte

diese zum 25. Jahrestag der Intervention beschlossene Erklärung der KPÖ als »eine der letzten Chancen einer tiefgreifenden Erneuerung des Sozialismus«.⁶⁴

Anmerkungen

1. ZK der KPÖ begrüßt neuen Kurs der ČSSR – Solidarisch mit Frankreich, *Volksstimme*, 8.6.1968, 1.
2. *Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Angenommen auf der Plenartagung des Zentralkomitees der KPČ am 5. April 1968*, hg. von der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien 1968, 1.
3. Leopold Spira, *Ein gescheiterter Versuch. Der Austro-Eurokommunismus*, Wien/München 1979, 52.
4. KPÖ, *Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik*, Wien 1989, 440 und 462.
5. Franz Muhri, Die politische Lage und die Aufgaben der Partei (Bericht des Zentralkomitees der KPÖ), in: *Der 19. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs im Wiener Kongreßhaus der Gewerkschaft der Eisenbahner, 27. bis 30. Mai 1965 (Gekürztes Protokoll)*, hg. vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien o. J. [1965], 59–96, hier 87 f.
6. Josef Ehmer, Die Kommunistische Partei Österreichs, in: Herbert Dachs u. a. (Hg.), *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik*, Wien 1997, 323–332, hier 325.
7. *Zur politischen Situation und Lage der Partei nach den Herbstwahlen 1967*, hg. von der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien 1968, 6 f. und 13.
8. Demokratie und Sozialismus. Grundlagen für eine Diskussion. Beilage, *Volksstimme*, 15. Oktober 1967, 5; Demokratie und Sozialismus, *Weg und Ziel*, Nr. 5/1968, 215–216, hier 215.
9. Ein Protest, *Neues Forum* 15 (1968), Nr. 169/170, 9.
10. Zentrales Parteiarchiv (ZPA) der KPÖ, Protokoll der 28. Plenartagung des Zentralkomitees der KPÖ am 16./17.2.1968, Beilage: Antrag des Politbüros; Brief des ZK an alle Landes- und Bezirksleitungen, 22.2.1968.
11. Ebenda, Beilage 13: Friedl Fürnberg, 12.
12. Russisches Staatsarchiv für Zeitgeschichte, Moskau (RGANI), F. 3, op. 72, d. 196, 75–80, Politbüro-Beschluß des ZK der KPdSU P 94 (102) v. 13.8.1968, »Zur Mitteilung an die Bruderparteien über die Ergebnisse des Treffens in Čierna nad Tisou und der Konferenz in Bratislava«, Beilage Nr. 1: An den sowjetischen Botschafter, abgedruckt in: Stefan Karner/Natalja Tomilina/Alexander Tschubarian u. a. (Hg.), *Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968. Dokumente*, Köln/Weimar/Wien 2008, Dok. Nr. 56.
13. Von Čierna nach Bratislava, *Volksstimme*, 3.8.1968, 1; KPÖ begrüßt Ergebnis von Bratislava, *Volksstimme*, 6.8.1968, 1.
14. Die KPOe gegen den Einmarsch, *Volksstimme*, 22.8.1968, 1 und 5.
15. ZPA, Protokoll Nr. 173 der Sitzung des Politischen Büros des ZK der KPÖ am 21.8.1968;

- Erklärung des Polbüros des ZK der KPÖ, *Volksstimme*, 22.8.1968, 1.
16. *Protokoll der 32. Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs* 22. August 1968, o.O. [Wien] o.J. [1968], 15–17, hier 16.
 17. Für eine friedliche politische Lösung. Beschluß des Zentralkomitees der KPÖ, *Volksstimme*, 24.8.1968, 1; ZPA, Protokoll Nr. 174 der Sitzung des Politischen Büros des ZK der KPÖ am 23.8.1968.
 18. KPÖ stimmt Konferenzinitiative der KPF zu, *Volksstimme*, 19.7.1968, 1.
 19. Harald Neubert, *Die Hypothek des kommunistischen Erbes. Erfahrungen, Zeugnisse, Konsequenzen*, Hamburg 2002, 136.
 20. Muhri im Fernsehen: KPÖ wird Initiative ergreifen, *Volksstimme*, 23.8.1968, 1; KPÖ fordert erneut Räumung der ČSSR. Tagung des Zentralkomitees spricht sich für eine Konferenz der kommunistischen Parteien Westeuropas aus, *Volksstimme*, 14.9.1968, 1–2, hier 2; Franz Mareks Aussprache mit Vertretern der KP Italiens, *Volksstimme*, 27.8.1968, 2; ZPA, Protokoll der 33. Plenartagung des Zentralkomitees der KPÖ am 12.9.1968, Beilage 6: Referat von Franz Muhri, 16.
 21. Spira, Ein gescheiterter Versuch (Anm. 3), 100.
 22. RGANI, F. 3, op. 72, d. 204, 38 f., Politbüro-Beschluß des ZK der KPdSU P 100 (9) v. 9.9.1968, »Zu den Maßnahmen der weiteren Arbeit mit den Bruderparteien in Zusammenhang mit den Ereignissen in der Tschechoslowakei«, Beilage 1: An den sowjetischen Botschafter, abgedruckt in: Karner u. a., *Prager Frühling* (Anm. 12), Dok. Nr. 169.
 23. ZPA, Protokoll der 33. Plenartagung, Beilage 6: Referat von Franz Muhri, 2 f. und 19.
 24. Fragen der Weltbewegung, *Volksstimme*, 3.10.1968, 3.
 25. RGANI, F. 3, op. 72, d. 210, 29 und 70 f., Politbüro-Beschluß des ZK der KPdSU P 104 (23) v. 8.10.1968, »Zu den Telegrammen an die Führung der österreichischen und französischen kommunistischen Partei«, Beilage 1 und 2: An den sowjetischen Botschafter [in Wien und Paris]; KPF: Westeuropäische Konferenz »nicht opportunt«, *Volksstimme*, 15.10.1968, 2.
 26. Fragen des Sozialismus. Aus dem Referat von Franz Muhri im Zentralkomitee der KPOe, *Volksstimme*, 15.9.1968, 3–5, hier 5.
 27. Fritz Keller, Die Spaltung der KPÖ 1969/70 – Ungenutzte Chance für eine linkssozialistische Partei in Österreich, in: Jürgen Baumgarten (Hg.), *Linksozialisten in Europa. Alternativen zur Sozialdemokratie und Kommunistischen Parteien*, Hamburg 1982, 149–158, hier 155.
 28. ZPA, Protokoll Nr. 178 der Sitzung des Politischen Büros des ZK der KPÖ am 30.8.1968.
 29. ZPA, Protokoll der 33. Plenartagung, Beilage 6: Referat von Franz Muhri, 36.
 30. ZPA, Protokoll der 31. Plenartagung des Zentralkomitees der KPÖ am 25./26.6.1968, Beilage 6: Schlußwort von Franz Muhri, 1.
 31. Franz Muhri, Die politische Lage Österreichs und die Aufgaben der Partei. Bericht des Zentralkomitees der KPÖ, in: *Der 21. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs*, 28. bis 30. Mai 1970, hg. vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien o. J. [1970], 19–58, hier 41.
 32. ZPA, Protokoll der 35. Plenartagung des Zentralkomitees der KPÖ am 21./22.10.1968, Beilage 10: Schlußwort von Franz Muhri, 3; ebenda, Protokoll der 33. Plenartagung, Beilage 6: Referat von Franz Muhri, 36, ebenda, Beilage 60: Schlußwort von Franz Muhri, 5.
 33. ZPA, Zur Okkupation der ČSSR eine Erklärung, 31.8.1968.
 34. Ernst Fischer, Der Atem der Freiheit ist un-aufhaltsam, *Tagebuch*, September/Oktober 1968, 6; Sensationelles Horizonte-Interview: KP-Fischer fordert Bruch mit Moskau, *Kronen-Zeitung*, 10.9.1968, 11.
 35. KPÖ fordert erneut Räumung der ČSSR, *Volksstimme*, 14.9.1968, 1–2, hier 1.
 36. KPÖ-Vorsitzender Muhri zum Truppenvertrag, *Volksstimme*, 23.10.1968, 1–2, hier 1.
 37. ZPA, Protokoll der 33. Plenartagung des Zentralkomitees der KPÖ am 12.9.1968, 2.
 38. Die Diskussion auf dem 20. Parteitag, *Volksstimme*, 9.1.1969, 4.
 39. ZPA, Protokoll der 1. Plenartagung des Zentralkomitees der KPÖ am 15./16.1.1969, 3.
 40. Bundesarchiv – Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen, Berlin (BA–SAPMO), NY 4182, 1286, Vertraulicher Bericht über Lage in der Führung der KPÖ von Robert Dubovsky, o. D. [Jänner/Februar 1969], Bl. 253–258, hier Bl. 255.
 41. Fragen des Sozialismus. Aus dem Referat von Franz Muhri im Zentralkomitee der KPOe, *Volksstimme*, 15.9.1968, 3–5; Muhri: Die politische Lage und die Aufgaben der Partei, in: *Der 20. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs in der Wiener Stadthalle, 3. bis 6. Jänner 1969*, hg. vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien o. J. [1969], 40–75, hier 50–53.
 42. Vgl. ZPA, Protokoll der 37. Plenartagung des Zentralkomitees der KPÖ am 18./19.12.1968, Beilage: Schlußwort von Franz Muhri, 1 f.; Kommuniqué über die Besprechungen zwischen den Delegationen der KPdSU und der KPOe, *Volksstimme*, 6.12.1968, 3.
 43. ZPA, Protokoll Nr. 203 der Sitzung des Politischen Büros des ZK der KPÖ am 5.12.1968, 1; ebenda, Delegiertenmappe 20. Parteitag der KPÖ, Ernst Fischer an die Delegierten des 20. Parteitages der KPÖ, o.D., 2.
 44. Muhri, Die politische Lage (Anm. 41), 44.
 45. Mißlungenes Experiment?, *Tagebuch*, Nr. 5/6, Mai/Juni 1969, 20–22, hier 20; ZPA, Franz Muhri auf der 8. Plenartagung des ZK der KPÖ am 24. November, *Volksstimme*, 26.11.1969, 4–7, hier 5.
 46. Zu den Beschlüssen der KPTsch, *Volksstimme*, 19.4.1969, 1; ZK der KPÖ zur jüngsten Entwicklung der ČSSR, *Volksstimme*, 15.5.1969, 3.
 47. ZPA, Protokoll der 3. Plenartagung des Zentralkomitees der KPÖ am 12./13.5.1969, Beilage: Redaktionsbeirat des »Tagebuch« an das Politische Büro des ZK der KPÖ, 22.4.1969.
 48. Protokoll der 3. Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs 12. und 13. Mai 1969. o. O. [Wien] o. J. [1969], 223–226, hier 226.
 49. ZPA, Protokoll Nr. 43 der Sitzung des Politischen Büros des ZK der KPÖ am 13.10.1969; ebenda, Protokoll Nr. 51 der Sitzung des Politischen Büros des ZK der KPÖ 14.11.1969.
 50. Resolution zum Bericht des Zentralkomitees über die politische Lage und die Aufgaben der Partei, in: *Der 20. Parteitag* (Anm. 41), 508–526, hier 511 f.
 51. Exemplarisch ZPA, Protokoll der 37. Plenartagung des Zentralkomitees der KPÖ am 18./19.12.1968, Beilage: Schlußwort von Franz Muhri, 3 und 8.
 52. Ernst Fischer, Die Alte und die Neue Linke. Notizen zu einer Diskussion, die nicht stattfand, *Die Zeit*, 18.7.1969, 5; Friedl Fűrnerberg, Ohne Kommunistische Partei keine Linke in Österreich, *Volksstimme*, 12.6.1969, 2; Erwin Scharf, Falsche Auffassungen zurückweisen, *Volksstimme*, 1.10.1969, 3.
 53. Aus dem Schlußwort des Gen. Muhri, *Volksstimme*, 28.11.1969, 4–5, hier 4.
 54. ZPA, Abendjournal (Radio) und »Zeit im Bild«, 7.1.1969 (Abschrift).
 55. Beschluß und Begründung der Schiedskommission zum Parteiverfahren gegen Ernst Fischer, *Volksstimme*, 30.10.1969, 4.
 56. ZPA, Brief von Ernst Berger, Franz Heinisch und Theodor Prager [Erklärung der 27], 15.10.1969.
 57. Beschluß des Zentralkomitees, *Volksstimme*, 30.10.1969, 5–6.
 58. Protokoll der 7. Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs am 27. und 28. Oktober 1969. Punkt 2 der Tagesordnung: Beschluß der Schiedskommission über Ernst Fischer, o. O. [Wien] o. J. [1969], 84; Erklärung der 27, *Volksstimme*, 27.11.1969, 4.
 59. Franz Muhri auf der 8. Plenartagung des ZK der KPÖ am 24. November, *Volksstimme*, 26. November 1969, 4–7; Resolution zum Referat Franz Muhris auf der 8. Plenartagung des ZK der KPÖ beantragt von den Genossen Muhri, Fűrnerberg und Lauscher, *Volksstimme*, 27. November 1969, 3.
 60. Antrag des Gen. Zenker, *Volksstimme*, 27.11.1969, 3; Erklärungen von Mitgliedern des Politischen Büros der KPÖ, *Volksstimme*, 28.11.1969, 5.
 61. Franz Muhri, Eine notwendige Klarstellung. Zur Rolle des »Wiener Tagebuch« und der FÖJ, *Volksstimme*, 5.8.1970, 3.
 62. ZPA, Protokoll der 5. Plenartagung des Zentralkomitees der KPÖ am 11.3.1971, Beilage 3: Referat von Erwin Scharf, 13; Resolution des ZK der KPÖ zur ČSSR-Frage, *Volksstimme*, 13.3.1971, 3; Franz Muhri, *Kein Ende der Geschichte*, Wien 1995, 118 f.
 63. Franz Muhri, Die »tschechoslowakischen Ereignisse« 1968 und die KPÖ, *Anfrisse*, Nr. 3/1993, 16–19, hier 19; ders., *Kein Ende der Geschichte* (Anm. 62), 123.
 64. Prag 1968. Stellungnahme der KPÖ, *Argument. Informationsblatt der KPÖ*, 24.8.1993, 7.

Mag. Manfred Mugrauer, Zimmermannsgasse 12/8,
1090 Wien, manfred.mugrauer@reflex.at